

Universitätsstadt Tübingen

Fachbereich Bürgerdienste

Richard Heß, Telefon: 2300

Gesch. Z.: 3

Vorlage 544a/09

Datum 20.06.2011

Berichtsvorlagezur Behandlung im: **Ausschuss für Planung, Verkehr, Energie und Umwelt**

zur Kenntnis im:

Betreff: Tempolimit und Verkehrsfluss B 27 und B 28 in der Südstadt

Bezug: Vorlage 544/09 Antrag der SPD-Fraktion

Anlagen: Bezeichnung:

Zusammenfassung:

Die Verwaltung prüft derzeit in enger Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Tübingen verschiedene Maßnahmen, die zu einer Geschwindigkeitsreduzierung auf den Bundesstraßen 27 und 28 führen können.

Ziel:

Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf bestimmten Abschnitten der B27/B28

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die SPD Fraktion beantragt mit Vorlage 544/09, die Verwaltung möge berichten, ob und gegebenenfalls welche Anstrengungen zur Erreichung eines Tempolimits auf der Bundesstraße 27 Richtung Stuttgart und der Bundesstraße 28 Richtung Reutlingen jeweils unternommen wurden und wo ggf. die Widerstände liegen. Weiterhin möge die Verwaltung zusammen mit dem Regierungspräsidium und den Bürgerinitiativen in der Südstadt bis zur Realisierung des Schindhau-Basistunnels ein Konzept zur Optimierung des Verkehrsflusses auf den Bundesstraßen 27 und 28 in der Südstadt entwickeln, wobei die Aspekte Lärmschutz, Verkehrsfluss und Optimierung der Wegebeziehungen im Mittelpunkt stehen sollen.

Begründet wird der Antrag mit einer unerträglichen Verkehrssituation in der Tübinger Südstadt sowohl für die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer wie auch die Anwohnerinnen und Anwohner. Eine extreme Lärmbelastung ergäbe sich insbesondere durch den Stop- and- go Verkehr sowie die deutliche Geschwindigkeitszunahme nach Verlassen der Ortschaft in Richtung Stuttgart beziehungsweise Reutlingen.

2. Sachstand

Bereits im Jahr 1989 beschloss der Gemeinderat flächendeckend für das gesamte Stadtgebiet die Einführung von Tempo 30. Ausgenommen waren damals Straßen mit Umfahrfunktion und alle Kreis-, Landes- und Bundesstraßen, weil die Straßenverkehrsordnung (§ 45 Abs. 1c) die Anordnung von Tempo-30-Zonen auf Straßen des überörtlichen Verkehrs nicht vorsieht. Sowohl auf der Reutlinger Straße wie auch der Stuttgarter Straße gilt bis heute eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h, die bis zum Ortschild reicht.

2.1 Zur B28/Reutlinger Straße (siehe Anlage 1):

Im Jahr 2002 bat die Verwaltung aufgrund einer Zusage im Südstadtausschuss am 21.03.2002 das Regierungspräsidium um Prüfung, ob eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der B 28 in Richtung Reutlingen aus Gründen des Lärmschutzes angeordnet werden kann. Dies wurde unter Bezug auf ein im Jahr 2001 erstelltes Gutachten abgelehnt, da die notwendigen Immissionsgrenzwerte nicht erreicht wurden. Das Antwortschreiben des Regierungspräsidiums wurde damals an alle Fraktionen übergeben.

Im Jahr 2002 wurde die Installation einer Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf den stadteinwärts führenden Fahrspuren beschlossen (Vorlage 161/02), die zur Lärmreduzierung beitragen soll. Eine Messanlage in Richtung Reutlingen wurde damals nicht beschlossen, da eine Lärmreduzierung durch diese Anlage nicht zu erwarten sei und aus Gründen der Verkehrssicherheit keine Veranlassung bestehe.

Eine aufgrund des Antrages erneute Anfrage im Jahr 2010 wurde vom Regierungspräsidium in ähnlicher Weise beantwortet. Eine Geschwindigkeitsbeschränkung aus Lärmschutzgründen sei nicht gerechtfertigt, weil die Problematik bei der Aufstellung des Bebauungsplanes für das französische Viertel bei dessen Umnutzung behandelt und gelöst worden sein sollte. Lärmschutzmaßnahmen waren durch die Stadt Tübingen zu prüfen und zu regeln.

In den maßgeblichen Bebauungsplänen zum Französischen Viertel ("Hindenburg-Areal West" und "Französisches Viertel/Wankheimer Täle") wurde entlang der B28 die Festsetzung "Lärmschutzwand" getroffen. Diese ist zwischenzeitlich auch in weiten Teilen errichtet wor-

den. Sie dient zusammen mit den entlang der Straße angeordneten Gebäuden dem Schutz der hinterliegenden Gebäude sowie der Außenbereiche. Die entlang der Straße angeordneten Gebäude werden überwiegend gewerblich genutzt. Dort vorhandene Wohnräume müssen durch entsprechende passive Schallschutzmaßnahmen (Lärmschutzfenster) bzw. durch entsprechende Anordnung der Wohnräume zu der von der Straße abgewandten Seite hin gesichert werden.

Aufgrund dieser Mitteilung durch das RP wurde Anfang 2011 ein persönlicher Termin mit Vertretern des Regierungspräsidiums (RP) vereinbart, bei dem noch einmal auf die hohe Lärmbelastung für die Bewohner des Französischen Viertels hingewiesen wurde. Das RP führte auf Wunsch der Verwaltung in der Folge Lärmmessungen durch und signalisierte daraufhin, dass aufgrund der Ergebnisse dieser Messungen eine mit Lärmschutz begründete nächtliche Geschwindigkeitsbeschränkung (22:00 – 06:00 Uhr) auf 70 km/h für eine Strecke von 300 m ab dem Ortsausgangsschild vorstellbar wäre, die beim RP zu beantragen sei. Abgesehen davon hält das RP eine automatische Geschwindigkeitskontrolle (Blitzer) auch ortsauswärts für eine sinnvolle Maßnahme und beabsichtigt bei der nächsten Dienstbesprechung beim Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr die Frage zu klären, ob zu den Sonderfällen, in denen auch innerhalb von 150 m vor/nach dem Ortsschild Geschwindigkeitsmessungen erfolgen dürfen, auch Lärmschutz und nicht nur Gefahrstellen zählen können.

Bei einer internen Umfrage des Forums Französisches Viertel, das über die Bemühungen der Verwaltung informiert wurde, waren 86 % aller Befragten (Rücklauf 58 Stimmen) für eine Geschwindigkeitsmessanlage nahe des Ortsschildes und 14% für das 70er-Schild nach dem Ortsausgang.

2.2 Zur B27 Ortsausgang Stuttgart (siehe Anlage 2):

Bereits im Jahr 2006 wurde im Bereich der Galgenbergkreuzung ein kombinierte Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlage installiert (siehe Vorlage 53/07) mit dem Ziel die Verkehrssicherheit insbesondere des Fußgängerverkehrs zu verbessern. Die Anlage leistet aber einen nicht unerheblichen Beitrag zur Lärmreduzierung durch die Überwachung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit.

Auf Anfrage stimmt das RP einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 60 km/h ab dem Ortsausgangsschild im Bereich des Gebäudes Marienburger Straße 15 bis zur Querspange der Bundesstraße 28 zu, weil dieses Gebäude vor Inkrafttreten des Bundesimmissionsschutzgesetzes errichtet wurde und keine Leistungen zur Lärmsanierung erhalten hat.

2.3 Verbesserung des Verkehrsflusses:

Eine Verbesserung des Verkehrsflusses auf den Bundesstraßen wäre durch eine geänderte Ampelschaltung zugunsten des Bundesstraßenverkehrs und zu Lasten des untergeordneten Verkehrs und damit auch des Busverkehrs möglich. Die Verwaltung ist der Meinung, dass die Ampelschaltungen, wenn man alle Verkehre betrachtet und ausreichend berücksichtigt, bereits optimal aufeinander abgestimmt sind und empfiehlt hier keine Veränderungen.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung ist im Gespräch mit verschiedenen Anbietern von Geschwindigkeitsmessanlagen und untersucht verschiedene Standorte auf Höhe des Französischen Viertels in Fahrt-

richtung Reutlingen. Außerdem beantragte die Verwaltung beim RP Tübingen, die zulässige Geschwindigkeit auf der B 28 am Ortsausgang in Fahrtrichtung Reutlingen in den Nachtsunden (22:00 – 06:00 Uhr) auf 70 km/h für eine Strecke von 300 m ab dem Ortsausgangsschild zu reduzieren.

Auf der B 27 in FR Stuttgart wird die Verwaltung eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 60 km/h vom Gebäude Marienburger Straße 15 bis zur Querspange der Bundesstraße 28 anordnen.

4. Finanzielle Auswirkungen

Die Kosten für eine Geschwindigkeitsmessanlage werden derzeit ermittelt, dürften nach bisherigen Erfahrungen bei etwa 100.000 EUR liegen.

Die Kosten für die Beschilderung der Geschwindigkeitsreduzierungen liegen bei etwa 1.000 EUR für die notwendigen Verkehrsschilder.

5. Anlagen

Anlage 1 Plan B 28

Anlage 2 Plan B 27



